

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Lucas Glöckner, Pauline Schawohl, Rasha Nasr, Albrecht Pallas

Titel: **Ä1 zu DG-03: Unterstützung des Offenen Briefes „asylwende.wtf“**

Antragstext

Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen:

Die SPD Dresden bekennt sich klar zum Recht auf Asyl. Damit einher geht auch das unveräußerliche Recht auf ein Leben in Würde, ohne Verfolgung, Krieg, Not und Gewalt. Das im Bundestag verabschiedete "Sicherheitspaket" steht dem entgegen. Wir stellen uns entschieden hinter unsere Abgeordneten im Bundestag, die die Freiheit der Menschen ausdrücklich verteidigen.

Der offene Brief "asylwende.wtf" hat in dieser Richtung bereits ein klares Zeichen gesetzt, dem sich bereits mehrere Mitglieder der Dresdner SPD angeschlossen haben. Nun ist es an der Zeit, den darin gestellten Forderungen Taten folgen zu lassen und sich entsprechend in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu positionieren. Daraus ergeben sich Forderungen, die wir als SPD Dresden unseren Mandatsträger*innen und Expert*innen für die Gespräche und Verhandlungen um die sächsische Landesregierung mitgeben wollen:

- Die SPD wird sich nicht an einem Abschiebewettbewerb beteiligen. Wir verlangen, dass unsere Abgeordneten sich dem irrationalen Prozess von CDU und BSW, sich gegenseitig mit menschlich unwürdigen Forderungen wie dem Aussetzen des Asylrechts zu übertrumpfen, verweigern.
- Wir fordern die Verhandlungsbeauftragten auf, verstärkt auf Integrationsmaßnahmen und deren Förderung zu setzen.

- Wir betrachten das im Grundgesetz verankerte Recht auf Flucht und Asyl für unumstößlich. Jeder Versuch, es abzuschaffen oder auszuhöhlen muss als rote Linie kommuniziert werden.
- Die finanzielle Unterstützung von Initiativen und Vereinen, die sich für Geflüchtete und für die damit zusammenhängende politische Bildungsarbeit auseinandersetzen soll weiter gesichert sein.
- Wir unterstützen unsere Bundestagsabgeordnete darin, in den kommenden Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, kurz GEAS, die Kritik aufrecht zu erhalten und für ein freiheitliches Europa zu kämpfen, das Menschen auf der Flucht nicht wegsperret, sondern im Gegenteil Schutz gewährt und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben.

Begründung

Die in jüngster Zeit immer weiter eskalierte Debatte um Migration, Flucht und Asyl hat auch auf die SPD einschneidende Auswirkungen gehabt. Dem sogenannten Sicherheitspaket, das zuletzt im Bundestag gegen den Widerstand unserer Abgeordneten Rasha Nasr verabschiedet wurde, gingen wochenlange Debatten zuvor. Dabei haben sich die Unionsparteien, die FDP und die AfD in einem Überbietungswettbewerb der Boshaftigkeiten ergangen. Auch in der SPD hören wir immer mehr Forderungen nach verschärften Regeln in der Asylpolitik. Wir betrachten die Entwicklungen bei der GEAS-Reform über die Bezahlkarte bis hin zu den Grenzkontrollen und ersten Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan mit größter Sorge.

Dabei geht es uns gar nicht darum, dass es keine Reformen in Asyl- und Integrationsfragen geben darf. Dass Dublin III nicht funktioniert hat, erkennen wir an. Jedoch weigern wir uns entschieden, Fragen von Kriminalität sowie von politischem und religiösem Extremismus untrennbar mit dieser Frage zu verknüpfen. Wer die Angst vor einem erneuten terroristischen Anschlag mit der Frage nach Asyl und Integration verbindet, betreibt ein gefährliches Spiel. So wird aus der gerechtfertigten Angst vor weiteren Anschlägen eine allgemeine Angst vor geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten niemals bedienen dürfen. Migration ist nicht der Grund für Anschläge. Die Täter von Mannheim und Solingen haben sich hier radikalisiert. Anstatt immer lauter nach mehr und mehr Abschiebungen und immer restriktiveren Maßnahmen gegen Geflüchtete zu rufen,

sollten wir zu einer wahren sozialdemokratischen und progressiven Asylpolitik zurückkehren. Eine Politik, die allen Menschen Chancen bietet, ein würdiges Leben in Deutschland zu führen, statt ihnen die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Eine Politik, die eine Vision von Hoffnungen und Möglichkeiten bietet statt einer Politik, die von Angst getrieben ist. Das ist die SPD, für die wir gemeinsam stehen, arbeiten und kämpfen wollen.